

Trauernde Angehörige eines ermordeten NGO-Mitarbeiters



GURINDER OSAN / AP (L.); SANKA VIDANAGAMA / AFP (R.)

Anschlag in Colombo

SRI LANKA

Wieder Krieg

Nach dem jüngsten Massaker an 17 NGO-Leuten und den Luftangriffen auf Tamilengebiete mit mindestens 50 Toten am vergangenen Dienstag ist der Bürgerkrieg in Sri Lanka endgültig wieder aufgeflammt. Der 2002 geschlossene Waffenstillstand zwischen den Befreiungs-Tigern von Tamil Eelam (LTTE) und der Regierung in Colombo ist nur noch Makulatur. Insgesamt starben seit Jahresbeginn rund 1000 Menschen durch Gewalt, seit Ausbruch der Kämpfe 1983 etwa 65 000. Beide Seiten machen einander für die Eskalation verantwortlich, zumal unklar ist, wer etwa die einheimischen Mitarbeiter der französischen Hilfsorganisation „Action contre la faim“ hingerichtet hat – die meisten wurden per Kopfschuss liquidiert. Die LTTE und die sri-lankische Armee stehen sich in einer Art Pattsituation gegenüber: Der Staat ist de facto geteilt, die ohnehin vom Tsunami schwer beeinträchtigte Wirtschaft leidet unter den neuen Kampfhandlungen weiter, ebenso die Bevölkerung. Zehntausende Flüchtlinge irren derzeit wieder in den umkämpften und verminten Gebieten umher. Am Freitag warf die LTTE den Regierungstruppen vor, auch in der nördlichen Region um Jaffna wieder anzugreifen. Sri-lankische Beobachter, Diplomaten der Regionalmacht Indien, vor allem aber Mitglieder des norwegischen Verhandlungsteams, das eigentlich den Friedensprozess moderieren soll, geben der EU eine Mitschuld an dem Desaster. Brüssel hatte die LTTE im Mai offiziell zur Terrorgruppe erklärt, obwohl die meisten EU-Mitgliedstaaten 20 Jahre lang LTTE-Sympathisanten den Status politischer Flüchtlinge zuerkannt hatten. EU-Diplomaten in Colombo sprechen nun von einem übereilten Verdikt gegen die Tiger, können aber die Uhr nicht mehr zurückdrehen: Ihre vermittelnden Kollegen aus Schweden, Finnland und Dänemark sollen auf Druck der LTTE bis zum 1. September Sri Lanka verlassen. Geduldet werden nur noch 20 ausländische Beobachter aus Nicht-EU-Ländern – ein Grüppchen aus Norwegen und Island.

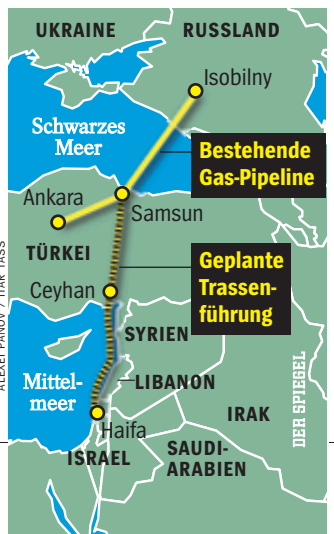
RUSSLAND

Pipeline nach Israel

Der Energiegigant Gasprom will auch Israel künftig mit Erdgas versorgen. Experten des vom Putin-Vertrauten Alexej Miller geführten Konzerns, der sich zu mehr als 50 Prozent in Staatseigentum befindet, prüfen derzeit Varianten einer Pipeline ins Gelobte Land. Gedacht ist an einen Anschluss an die seit 2003 bestehende Gasleitung aus dem südrussischen Isobilny bei Stawropol, die durchs Schwarze Meer über die türkische Hafenstadt Samsun nach Ankara führt. Die russisch-türkische Trasse soll von Samsun über Ceyhan durchs Mittelmeer nach Israel gelegt werden. Gasprom-Chef Miller hat bereits mit dem türkischen Energieminister über eine Verlängerung des Stranges verhandelt; die Türken sind zur Kooperation bereit. Die Entscheidung über eine künftige russisch-türkisch-israelische Rohrleitung könne „schon bald“ fallen, so ein Gasprom-Manager vergangene Woche. Israel deckt seinen Gasbedarf bisher durch Offshore-Bohrungen vor seiner Küste und möchte eine Abhängigkeit von arabischen Lieferungen aus Sicherheitsgründen vermeiden. Auch dem Kreml kommt das Pipeline-Projekt mit Israel gelegen: Präsident Wladimir Putin strebt nach einer größeren Rolle Russlands im Nahen Osten. Bei einem Staatsbesuch in Jerusalem im April 2005 hatte Putin mit den Israelis vereinbart, die „allseitige Zusammenarbeit“ zu vertiefen. Dabei beriefen sich der russische Präsident und das israelische Staatsoberhaupt Mosche Katsav auf „lange historische und kulturelle Verbindungen“ beider Länder – rund ein Sechstel der Israelis sind Übersiedler aus der ehemaligen Sowjetunion.



Putin, Katsav



ALEXEI PANOV / ITAR TASS